Fernsehansprache von Staatschef Chirac, Studiogäste bei France 2: *Extrem-Sparprogramm als Opfergabe für Europa?*

DPA

FRANKREICH

Chirac spielt va banque

Mit vorgezogenen Neuwahlen will der Präsident ein neues Mandat für seine Europapolitik und die Eindämmung der extremen Rechten erreichen – eine gewagte Strategie mit ungewissem Ausgang.

Als Präsident Jacques Chirac letzten Dienstag jovial winkend die Ausstellungshalle der Baumesse „Intermat 97“ betrat, empfingen ihn 4000 Jugendliche mit Beifall und kumpelhaftem „Jacquot, Jacquot“-Geschrei, aber auch mit Buhrufen und Pfiffen.

Doch tumultartige Szenen und Menschenmassen elektrisieren Chirac: Binnen Sekunden wandelte sich der zu überparteilicher Zurückhaltung verpflichtete Wahrer des höchsten Staatsamts zurück in das gaullistische Wahlschlachtroß zahlloser Frontkämpfe.

Wie in den Zeiten, als er als Elysée-Kandidat durch Frankreichs Provinz tingelte, wetterte Chirac gegen das „allgemeine Klima der Zweifel und Verdrossenheit“. Und dann gab er die Parole aus, mit der er jetzt seine Rechten in eine überstürzt angesetzte Parlamentswahl jagt: Frankreich brauche einen „neuen Elan“. Der Boß ist der Maßstab.

Per Bildschirm – die Zuschauer wurden mit der Nationalhymne patriotisch eingestimmt – hatte Chirac am Montag abend aus dem Elysée-Palast heraus die Assemblée nationale kurzerhand aufgelöst. Neu gewählt wird am 25. Mai und am 1. Juni; in der ersten Runde braucht der Kandidat die absolute Mehrheit zur Eroberung eines Mandats, bei der Stichwahl genügt die einfache Majorität.

Der präsidiale „Blitzkrieg“, „Poker“, das „Vabanquespiel“, wie die Presse zwischen Bordeaux und Straßburg den Brachialakt nannte, war die fünfte vorzeitige Parlamentsauflösung in den 39 Jahren der Fünften Republik. Hektik erfaßte die Pariser Parteizentralen. Die auf den regulären Wahltermin zum Ende der fünfjährigen Legislaturperiode im März 1998 zugeschnittenen Strategien waren plötzlich nur noch Makulatur. Weder Gaullisten noch Sozialisten hatten ein Wahlprogramm parat.

Hastig beorderte der gaullistische Premier Alain Juppé den Anhang seiner Regierungskoalition aus gaullistischem RPR und rechtsliberaler UDF nach Marseille. Dort verhieß Juppé in einer Großkundgebung einen „brutalen“ Wahlkampf. Sozialistenchef Lionel Jospin, ehemaliger Erziehungsminister, scharte seine linken Truppen im Pariser Vorort Sarcelles um sich und versicherte, nicht gerade zündend: „Wir sind bereit zu regieren.“

Die meisten Meinungsforscher sagen zwar einen knappen Sieg der Rechten voraus (die halten jetzt 477 von 577 Mandaten), prophezeien ihnen jedoch starke Einbußen. Nach den letzten Umfragen liegen die großen Lager der Konservativen und der Linken bei je 39 Prozent; über die Zusammensetzung der Nationalversammlung sagen diese Zahlen allerdings wenig aus – das Mehrheitswahlrecht verzerrt.

Die Opposition aus Sozialisten, Kommunisten und Grünen hat Grund zur Zuversicht. Steigende Arbeitslosigkeit, zunehmende Verarmung, Massenentlassungen und nicht abreißende Streiks bei Eisenbahn und Air France, Staatsbanken und selbst bei Ärzten nerven die Franzosen. Die Folge: 64 Prozent haben kein Vertrauen mehr in den Premier.

Frankreich rätselt: Kommt es zu einer neuen Kohabitation zwischen rechts und links? Der sozialistische Staatschef François Mitterrand hat zweimal Parlamentswahlen verloren und mußte mit gaullistischen Premierministern – Jacques Chirac (1986 bis 1988) und Edouard Balladur (1993 bis 1995) – in Zwangsehe regieren. „Jospin als Premier ist nicht mehr

auszuschließen“, sorgt sich der rechte FIGARO.

Präsident Chirac erläuterte den Franzosen die überhastete Neuwahl mit einem Kunterbunt an Argumenten: „La grande Europe“ und eine Staatsreform, die prekäre Wirtschaftslage und der Kampf gegen Arbeitslosigkeit erforderten eine mit „neuer Energie aufgeladene“ Parlamentsmehrheit. Die linke LIBÉRATION: „So ein Wirrwarr.“ Dafür applaudierte übers deutsch-französische Fernsehen Arte Bundeskanzler Kohl dem Freund: „Ich hätte dasselbe getan.“

Der Staatschef wollte wohl vor allem Wahltermin und Euro-Entscheidung der Regierungschefs im nächsten April entzerren. Hätte er den regulären Termin März 1998 abgewartet, wäre die Polemik um den Euro noch unerträglicher und lähmender geworden als jetzt.

Aber die mißtrauischen Franzosen unterstellen dem großen Chef auch unlautere Hintergedanken. Sie sind überzeugt, daß der Präsident die Wahlen so schnell hinter sich bringt, weil er ihnen bald neue Steuer- und Soziallasten aufbürden will. Rätselhaft bleibt vielen, woher der Elysée-Gewaltige den „neuen Elan“ für „die großen Fragen der Zukunft“ hernehmen will – mit demselben Premier und den altbekannten Leitlinien. Das Boulevardblatt LE PARISIEN: „Auf Juppé I. folgt Juppé II.“

81 Prozent der Franzosen, so ergab eine Umfrage, halten Chiracs Neuwahlen für ein ausschließlich von Wahltaktik geprägtes Manöver. 57 Prozent empfanden die Begründungen dafür als „nicht überzeugend“. Eine Mehrheit glaubt, daß nach der Wahl die Steuerschraube angezogen wird.

Der Führer des rechtsradikalen Front national, Jean-Marie Le Pen, prägte die böse Vokabel „Schmiergeld-Wahlen“. Chirac müsse, so Le Pen, schnell wählen lassen, bevor ihm die Folgen der Parteispendenaffären aus seiner Zeit als RPR-Chef und Pariser Bürgermeister „um die Ohren fliegen“.

Von den ständigen Attacken des Staatschefs aufgebracht, ließ Le Pen durchblicken, daß er seinen Anhang in dem alles entscheidenden zweiten Wahlgang gar zur Stimmabgabe für linke Kandidaten auffordern könnte: „Chirac ist schlimmer als Jospin“, donnerte der Ultra in Paris.

Die extremen Rechten fühlen sich mit den Neuwahlen ausgetrickst: Sie glauben, daß ein längerer, emotional geführter Wahlkampf ihnen noch mehr Stimmen eingebracht hätte als die jetzt prognostizierten 15 Prozent.

Das beherrschende Thema der kommenden Diskussionen wird Europa sein. Chirac hatte sich noch im letzten Präsidentschaftswahlkampf für ein neues Maastricht-Referendum stark gemacht. Nun gibt er für das Wahlpublikum den hundertprozentigen Europäer ab. Ein dem Dollar und dem Yen ebenbürtiger Euro, so Chirac an die Nation, sei unerläßlich, wenn „wir uns als große wirtschaftliche und politische Macht behaupten wollen“.

Oppositionschef Jospin denkt nicht daran, sich den Stimmenfänger Maastricht entgehen zu lassen. Die Zahl der Franzosen, die alle wirtschaftliche Ungemach von Steuererhöhungen über Streiks und Abbau im öffentlichen Sektor den strengen Konvergenz-Kriterien des EU-Vertrags anlasten, wächst. Auch prominente Gaullisten wie Ex-Parlamentspräsident Philippe Séguin oder der populäre Ex-Innenminister Charles Pasqua sind engagierte Euro-Gegner. Die Kommunisten bekämpfen das Einigungswerk, und Le Pen will die „katastrophale politische Verrücktheit Maastricht“ durch ein Referendum killen.

AFP / DPA

Protestierender Arbeiter, Polizisten
„Zweifel und Verdrossenheit“

Wahlkämpfer Jospin sucht den Mittelweg: „Ich bin für Europa, aber nicht um jeden Preis.“ Wenn Frankreich seinen Bürgern noch mehr Opfer abverlange, nur um das Euro-Kriterium von maximal drei Prozent Neuverschuldung einzuhalten, dann, so Jospin, „ist meine Antwort nein“.

Der Sozialist beschuldigt die Rechten weiter, sie benutzten die Gemeinschaftswährung als Vorwand dafür, eine „neue Welle Kapitalismus pur“ in Gang zu setzen: noch mehr Privatisierungen von Staatsunternehmen, Massenentlassungen beim Autogiganten Renault, Stellenabbau bei der Staatsbahn SNCF und den Banken. KP-Chef Robert Hue, der mit den Sozialisten trotz Euro-Differenzen am Dienstag ein Wahlbündnis eingehen will, malt das Horrorszenario eines Extrem-Sparprogramms als Opfergabe für Europa an die Wand: „Man wird die Schraube schrecklich anziehen.“

Da dürfte er nicht ganz falsch liegen. Juppé behauptet zwar, die Steuern würden eher gesenkt, aber die Zahlen verheißen das Gegenteil. Die Sozialversicherung wird 1997 statt mit 30 Milliarden wohl mit 50 Milliarden Francs Defizit abschließen; auf 20 Milliarden wird der Steuerausfall für 1997 geschätzt, mit nochmals ebensoviel schlagen die Gehaltserhöhungen für Beamte zu Buche. Staatsunternehmen wie die Eisenbahn, die Versicherung Gan, Air France oder Banken wie Crédit Lyonnais haben astronomische Verluste angehäuft – insgesamt 500 Milliarden Francs. Zur Kasse gebeten wird der Steuerzahler.

Chiracs Wahlpoker hat den Franzosen vorgeführt, daß ihr „Jacques l’optimiste“ sich auch in der dünnen Luft an der Staatsspitze treu geblieben ist. Von der Maxime Mitterrands, wonach man „der Zeit ihre Zeit lassen muß“, hat der Draufgänger nie viel gehalten; sein politischer Ziehvater, Staatspräsident Pompidou, nannte ihn „meinen Bulldozer“, dessen Nachfolger Valéry Giscard d’Estaing verspottete Chirac als einen „excité“, einen ewig Aufgeregten.

Chirac ist ein Spontan-Politiker, der Taten wie eine Droge braucht. Kaum Staatspräsident, setzte der Aktivist (Leitmotiv: „Ein Chef muß cheffen“) 1995 als Solonummer Atomversuche an – und dann einige davon wieder ab. Jetzt habe er im blinden Eifer eine neue Verfassungsvariante erfunden, spottete der FIGARO: Parlamentsauflösung „ohne Grund“.

Pariser Insider glauben, daß Chirac – er selbst ist bis zum Jahr 2002 gewählt – von Juppé, den er einmal „den besten seiner Generation“ genannt hat, bitter enttäuscht ist: In nur fünf Monaten ist der zum unbeliebtesten Premier aller Zeiten geworden. Vor einer Kohabitation mit einem Linkspremier Jospin sei dem Präsidenten nicht bange. Dann könnte er sich den großen strategischen Themen wie Außen- und Sicherheitspolitik sowie Europa widmen, während ein linker Premier sich durchs soziale Dickicht schlagen müßte. In neuem Licht erscheint so eine beiläufige Bemerkung Chiracs gegenüber der FAZ Mitte April, wonach seine Kohabitation mit dem Sozialisten Mitterrand Mitte der Achtziger „keineswegs schlecht“ gewesen sei.

Doch zunächst führte Chiracs Initiative zu einem Rückschlag. Weil der Staatschef die Volksvertreter heimschickte, blieb das „Gesetz zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zum Kampf gegen gesellschaftliche Ausgrenzung“ unverabschiedet auf der Strecke. Der Elan hatte ein erstes Opfer – Frankreichs Arme. ◆